



Ergebnisdokumentation **EUROPA KONTROVERS *spezial***

**„Welches Szenario für Europa?
Ihre Meinung ist gefragt!“**

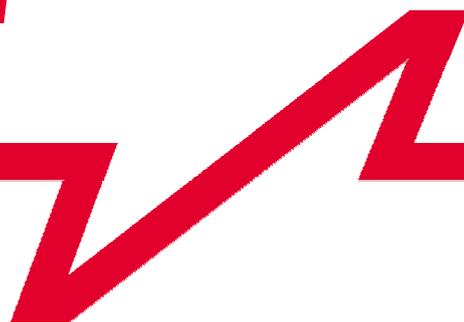
am 15.11.2017

Inhalt

Ausgangssituation

Die 5 Szenarien

Ergebnisse, Fazit



AUSGANGSSITUATION

In welchem Europa wollen wir leben?

Die Debatte über die Zukunft Europas steht nicht nur im Fokus, weil im 70. Jahr seit der Gründung der Europäischen Union Geschichte und Perspektiven beleuchtet werden. Vielmehr fordern aktuelle Tendenzen wie der Austritt von Großbritannien aus der Europäischen Union und das Anwachsen von Populismus und Nationalismus, die Globalisierung von Politik und Wirtschaft, die Folgen von Klimawandel und Flüchtlingsströmen, die Auswirkungen neuer Technologien sowie Sicherheitsfragen zukunftsweisende Antworten und Strategien. Erste Vorschläge und Szenarien liegen mit dem Weißbuch der Europäischen Kommission auf dem Tisch.

Da die Zukunft unserer europäischen Staatengemeinschaft nur beeinflussen kann, wer sich aktiv in die Diskussion einmischt und seine Vorstellungen einbringt, hat die Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen EU-Beauftragten dazu im Rahmen eines „Spezial“ aus der Veranstaltungsreihe EUROPA KONTROVERS die 5 Szenarien unter anderem mit Herrn Bernhard Schnittger (EU-Kommission) und Susanne Wixforth (DGB) diskutiert und auf ihre Tragfähigkeit geprüft.

70 Berliner Bürgerinnen und Bürger haben sich jeweils an den fünf Thementischen zu den Szenarien beteiligt und ihre Vorschläge und Anregungen eingebracht. Moderiert wurden die Thementische von Cordula Simon, EU-Beauftragte des Bezirksamtes Neukölln, Martin Kesting, EU-Beauftragter des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg, Jan Rössel, Europäisches Informationszentrum (EIZ), Deutsche Gesellschaft e.V., Dr. Walter Deffaa, Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung in der Europäischen Kommission a.D. sowie Sonderberater der Kommission für Corina Cretu und Dr. Otto Schmuck, Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland.

Die 5 SZENARIEN

Die Fünf Szenarien bieten einen Ausblick, wo die Union im Jahr 2025 stehen könnte:

	<p>Weiter wie bisher <i>Die EU27 konzentriert sich auf die Umsetzung ihrer positiven Agenda</i></p>	<p>+ +</p>	<p>Die positive Agenda führt weiterhin zu konkreten Ergebnissen.</p> <p>Die Einheit der EU27 bleibt gewahrt</p>
		<p>-</p>	<p>Die Einheit der 27 könnte bei ernsthaften Differenzen erneut auf die Probe gestellt werden</p>
		<p>-</p>	<p>Die Kluft zwischen Versprechungen und Ergebnissen wird nur schrittweise geschlossen, wenn es die kollektive Bereitschaft gibt, gemeinsam Lösungen zu finden</p>
	<p>Schwerpunkt Binnenmarkt <i>Die EU27 kann sich nicht darauf verständigen, in vielen Politikbereichen, die über die Kernaspekte des Binnenmarkts hinausreichen, gemeinsam mehr zu tun</i></p>	<p>+ -</p>	<p>Die Entscheidungsfindung könnte einfacher verständlich sein</p> <p>Es wird schwieriger, Probleme anzugehen, die mehr als einen Mitgliedstaat betreffen; dadurch könnte sich die Kluft zwischen Erwartungen und Ergebnissen bei gemeinsamen Herausforderungen vergrößern</p>
	<p>Wer mehr will, tut mehr <i>Die EU27 macht weiter wie bisher, erlaubt aber jenen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, in bestimmten Bereichen mehr gemeinsam zu tun</i></p>	<p>- +</p>	<p>Die im EU-Recht verankerten Bürgerrechte könnten im Laufe der Zeit eingeschränkt werden</p>
		<p>+</p>	<p>Die Einheit der EU27 bleibt gewahrt, während gleichzeitig für diejenigen, die mehr tun wollen, Fortschritte möglich sind.</p> <p>Die Kluft zwischen Erwartungen und Ergebnissen verringert sich in Ländern, die</p>

			sich dafür entschieden haben, voranzuschreiten
		-	Es werden Fragen hinsichtlich der Transparenz und Rechenschaftspflicht der verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung aufgeworfen
		-	Die im EU-Recht verankerten Bürgerrechte hängen davon ab, wo Menschen leben
	<p>Weniger, aber effizienter <i>Die EU27 konzentriert sich darauf, in ausgewählten Bereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen und zieht sich aus Tätigkeitsbereichen zurück, in denen davon ausgegangen wird, dass dadurch kein Mehrwert entsteht</i></p>	+	Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sehen, dass die EU nur handelt, wenn dadurch ein echter Mehrwert entsteht
		+	Eine stärkere Konzentration von Ressourcen und Aufmerksamkeit auf eine Reihe ausgewählter Bereiche hilft der EU27, schneller zu handeln
		-	Die EU kann sich zunächst nur schwer einigen, welche Bereiche Vorrang erhalten sollen
	<p>Viel mehr gemeinsames Handeln <i>Die Mitgliedstaaten beschließen, ihre Zusammenarbeit in allen Politikbereichen zu intensivieren</i></p>	+	Auf EU-Ebene werden deutlich mehr Entscheidungen in kürzerer Zeit getroffen
		+	Die Bürgerinnen und Bürger haben mehr im EU-Recht verankerte Rechte.
		-	Teile der Gesellschaft sind der Auffassung, dass die EU ein Legitimitätsdefizit aufweist oder zu viel Macht von den nationalen Behörden an sich gezogen hat, und könnten sich daher von ihr abwenden

Diskussionsergebnisse:

Einvernehmlich konnte an allen fünf Thementischen festgestellt werden, dass für die Bürgerinnen und Bürger weniger diese abstrakten Szenarien Bedeutung hatten, sondern mehr der Wunsch bestand, sich konkret über Verbesserungen bzw. Veränderungsbedarf auszutauschen.

So wurde beim Thementisch „**Weiter wie bisher**“ von allen Beteiligten festgehalten, dass dies gar keine Option sein kann. Gleichwohl ist in diesem Kontext auch festzuhalten, was die Europäische Gemeinschaft in einem überschaubaren Zeitrahmen gemeinsam geschafft hat. Weltweit ist dieser Prozess von völlig historisch unabhängigen Nationalstaaten vertraglich zusammenzuwachsen ein „Unikat“. Die positiven Effekte wie die Freizügigkeitsrechte, die gemeinsame Währung und andere Erfolgsgeschichten werden von der Bevölkerung als selbstverständlich angesehen und Euroskepsis scheint Mode zu sein.

In einer Analyse sollten die kritischen Punkte in Frage gestellt und diese Krise auch als Chance angesehen werden, das was gut läuft, fortzusetzen bzw. zu vertiefen. Als Kernthemen, die mitgedacht werden müssen, wird eine soziale Säule in der EU mit der Notwendigkeit, die Solidargemeinschaft zu definieren und eine Wertediskussion zu führen, herausgearbeitet. Des Weiteren werden eine gemeinsame Sicherheitspolitik mit einer stärkeren Zusammenarbeit, die Harmonisierung der Steuern und eine gemeinsame Fiskalpolitik genannt. Insgesamt fällt das Urteil ein „Weiter so wie bisher“ würde die Realität und den Zwang zum Handeln missachten, auch eine Entscheidung zum Erhalt des Erreichten wäre ja eigentlich in der gegenwärtigen Situation schon als Fortschritt zu sehen.

Recht deutlich fällt dagegen in der Diskussion die Ablehnung des Szenarios „**Schwerpunkt Binnenmarkt**“ aus. Als Leitfrage muss hinterfragt werden, in welchem Interesse der Rückbau des gemeinsam Erreichten liegen würde? Die Reduzierung anderer Politikbereiche bringt Gefahren mit sich, da aktuelle Themen wie Grenzschutz und Sicherheit vernachlässigt würden. Gleichfalls würde die EU keine Rolle im Gefüge der Staaten der Welt mehr spielen, denn die jetzige EU zeichnet sich auch als eine Wertegemeinschaft aus. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen dieses Szenario auch als undurchführbar ein, da Geschäfte nicht von den Menschen getrennt werden können. Gleichwohl muss es einen starken Binnenmarkt und Wirtschaftsverflechtungen geben als Schutz vor Populisten und gegen andere große Wirtschaftsmächte wie China. In der jetzigen Form des Binnenmarktes sind Reformen aber dringend notwendig; dies betrifft die Bereiche Gesundheits- und Verbraucherschutz, Sozialunion, Mindestlohn, Arbeitnehmerrechte, Lohn- und Steerdumping.

Die Rahmenbedingungen des Binnenmarkts werden nur von den Mitgliedsstaaten (Rat) gesetzt und z.Zt. dominieren noch nationale Bestimmungen den Binnenmarkt. Die Kommission und das Europäische Parlament sollten Regeln und soziale Standards setzen.

Das Szenario „**Wer mehr will, tut mehr**“ wird bereits seit mehreren Jahren als ein Europa der zwei Geschwindigkeiten diskutiert. Die Bürgerinnen und Bürger sehen diese Flexibilität als Chance an, allerdings stellt dies doch auch nur eine Übergangslösung dar, denn die Mitgliedstaaten am Rand könnten verloren gehen und die EU wäre dann erst recht in ihrem Fortbestand gefährdet. In der gegenwärtigen Situation würden aber sicherlich mehr Ergebnisse erzielt werden können, und es stellt sich hier eher die Frage, „Wie“ dies umgesetzt werden kann und nicht „Ob“ überhaupt. Es wird in Bezug auf drängende Fragen der Globalisierung auch als eine Notwendigkeit angesehen, ambitioniertere Ziele durch die „Kern-Mitgliedsstaaten“ zu formulieren und umzusetzen. Ganz praktisch bleibt aber für eine zielführende Bewertung offen, wie die Zusammenarbeit nur in bestimmten Bereichen koordiniert werden soll und wie Transparenz über Rechte und Pflichten hergestellt werden kann. Insgesamt ist die Diskussion eher ambivalent, da auch die Gefahr der „Rosinenpickerei“ besteht und die Ungleichheit zwischen den Mitgliedsstaaten gefördert wird. Es kann nur schwer eingeordnet werden, wie bei diesem Szenario die Bürgerinnen und Bürger Europas mitgedacht wurden.

In der Diskussion zum Szenario „**Weniger, aber effizienter**“ wurden Themen identifiziert, in denen es eine Vertiefung braucht: Innovation, Sicherheit, Grenzmanagement, Migration, Handel, Verteidigung und Bildung. In diesen Politikbereichen sollten aber nicht Einzelthemen sondern Themenbereiche umfassend nachhaltig bearbeitet werden. Als Themen, die von der EU weniger in den Fokus zu nehmen sind, werden folgende Bereiche genannt: Regionalentwicklung, Öffentliche Gesundheit, Teile von Beschäftigungs- und Sozialpolitik, die nicht für den Binnenmarkt relevant sind sowie Harmonisierung von neuen Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards. Darüber hinaus wird auch auf die Europamüdigkeit sowie die Notwendigkeit der stärkeren Bürgerbeteiligung und den Informationsbedarf zur Schaffung einer „europäischen Identität“ hingewiesen.

Beim Thementisch „**Viel mehr gemeinsames Handeln**“ (von der EU-Kommission präferiertes Szenario) gibt es ein Einvernehmen, dass konkretere gemeinsame Projekte und Aufgabenfelder förderlich sein können. Ein leichteres, schnelleres und umfangreicheres Entscheiden auf EU-Ebene und das Mehr an Rechten für Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten bringt positive Effekte mit sich. Gleichfalls wird die Realisierung des Verfassungsprojekts mit einem neuen Zeitrahmen andiskutiert. Die Umsetzung dieses Szenario wird als sehr ambitioniert

und wenig wahrscheinlich angesehen - schon aufgrund der Beschneidung der Kompetenzen der nationalen Regierungen und damit einhergehend der Frage nach einer tatsächlichen demokratischen Legitimation der Beschlüsse auf EU-Ebene. Provokant schließt dieser Thementisch mit der Frage ab: „Wenn nicht alle EU-Mitgliedsstaaten mehr mitmachen und bestehende Regeln umsetzen, wäre dann eine Neugründung mit anderen ein befreiender Schritt?“

Fazit:

Aus der Zusammenfassung der Diskussion ist erkennbar, dass in Teilen auch sehr gegensätzliche Standpunkte vertreten werden - von dem europäischen Regelungsbedarf beim Gesundheits- und Verbraucherschutz bis zur Meinung, die „Regulierungswut“ der Europäischen Kommission bei anderen Themen einzudämmen. Dies spiegelt insoweit auch die vielfältigen Meinungen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten wieder. Die Diskussion zur Zukunft der EU mit den Bürgerinnen und Bürgern muss nach ihrer Meinung sehr viel greifbarer und verständlicher erfolgen.

LAG Standpunkt:

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der bezirklichen EU-Beauftragten vertritt folgende Auffassung:

1. Wir begrüßen grundsätzlich, dass die im „Weißbuch zur Zukunft Europas“ unterbreiteten Vorschläge mit der Öffentlichkeit kommuniziert werden.
2. Wir unterstützen die Aussagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der o.g. Veranstaltung, dass die Europäische Kommission direkter und stärker in die Kommunikation mit den Menschen zu den Zukunftsthemen der EU eintreten soll. Die EU-Kommission wird gebeten, **wesentlich stärker initiativ tätig zu sein und aktiv den direkten Bürgerkontakt zu suchen**. Es reicht dabei nicht aus, nur digitale Angebote zu unterbreiten, vielmehr brauchen die Menschen die Erfahrung, auch einmal direkt „face to face“ mit einer/einem Mitarbeiter/in der Kommission diskutieren zu können.
3. Wir befürworten ausdrücklich den Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der o.g. Veranstaltung für eine „**Soziale Säule**“ der EU. Damit eng verbunden ist die Notwendigkeit, eine gesamtgesellschaftliche EU-weite **Wertediskussion** zu führen und die europäische **Solidargemeinschaft** zu definieren.
4. Wir lehnen eine Reduktion der EU ausschließlich auf das Thema Binnenmarkt ab.

Wir fordern:

5. Eine Staatengemeinschaft wie die EU muss eine aktivere Rolle bei der **Friedenssicherung und der Lösung von globalen Konflikten** übernehmen. Aufgrund ihrer eigenen Geschichte verfügt die EU hier über eine besondere Stärke und Erfahrung.
6. Zu den **Kernthemen**, mit denen sich die EU hauptsächlich befassen sollte, gehören:
 - Binnenmarkt
 - Kohäsionspolitik
 - Beschäftigungs- und Sozialpolitik
 - Bildung
 - Sicherheits- und Verteidigungspolitik
7. Eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik in der EU ist anzustreben.
8. Bevor Beitrittsperspektiven mit weiteren Staaten eröffnet werden, sollte die EU ihren inneren Zusammenhalt und ihr Fundament stärken.
9. Die EU muss ihr **Demokratiedefizit beheben**. Dazu gehören die klare Strukturierung der Machtverhältnisse, eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen EU und Nationalstaat und „echte“ europäische Wahlen mit europäischen Kandidatenlisten. Für die Menschen muss klar ersichtlich sein, wer die europäische Regierung ist und die Entscheidungen trifft.